

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

II/31

Hannover, 18. April 1947
Telefon 20 951/52

Vorbemerkung für die Schriftleitungen

Wir empfehlen den Schriftleitungen, dieser allgemeinen Betrachtung einige aktuelle Akzente zu geben, die sich auf das inzwischen vorliegende Wahlresultat beziehen und den Beitrag damit abzustimmen. Die Redaktion

Kulisse oder Wirklichkeit?

Die Wahlen in der britischen Zone standen unter einer doppelten Belastung: der akuten Hungerkrise, die einer ruhigen politischen Ueberlegung gewiss nicht dienlich sein konnte, und der weitverbreiteten Ansicht, dass die Länderparlamente heute noch eine Art Schattendasein führen, da die letzten Entscheidungen sämtlich von anderen britischen Instanzen und nicht von den Abgeordneten abhängen. Es herrscht eine fast grotesk zu nennende Diskrepanz zwischen der Grösse der zu bewältigenden Aufgaben und der Ohnmacht derer, die sie zu lösen haben. Diese Diskrepanz liegt offen zutage, sie wird auf deutscher Seite täglich durch praktische Beispiele neu bestätigt, und sie trifft auf das Gebiet der Ernährung wie der Wirtschaftsankündigung ebenso zu wie für die Verwaltungspraxis und die Personalpolitik. Auch die kommenden Regierungen, die nach den Wahlen gebildet werden, sollen wieder vom Gebietsbeauftragten der Militärregierungen ernannt werden, allerdings, wie es in der offiziellen Mitteilung dazu hiess, "in Verbindung mit den betreffenden deutschen Vertretern".

Ausländer zerbrechen sich oft den Kopf über die rätselhafte deutsche Mentalität und sie tun es oft mit vollem Recht. Aber wir meinen, auch darin liege ein Grund zur Verwunderung und zur Hoffnung, dass trotz einer oft erstaunlichen Nachlässigkeit im demokratischen Anschauungsunterricht, der uns von fremden Experten gegeben wird, durch die deutsche Bevölkerung in den Wahlen abermals ein grosses Vertrauenskapital investiert wurde. In Westdeutschland hatten Unbekannte Plakate verteilt, die dazu aufforderten, sich der Wahl zu enthalten. Sie haben offensichtlich keinen grossen Erfolg gehabt und das ist, wie gesagt, erstaunlich. Das Gegenteil wäre fast weniger überraschend gewesen.

Es sei auch der folgende Hinweis erlaubt: die Nazidiktatur hat zwölf Jahre gedauert. Aber es ist falsch, so zu tun, als seien deshalb alle Deutschen, auch die, die sich unter den denkbar grössten Erschwerungen ernstlich um den demokratischen Aufbau Deutschlands kümmern, demokratische Kleinkinder oder Schwachköpfe. Es gibt viele Tausende von Deutschen, die aus eigener Anschauung und Arbeit sehr wohl wissen, was Demokratie ist; die wegen der Stärke des Widerstandes und der Skrupellosigkeit ihrer innerpolitischen Gegner um diese Demokratie, auch wenn sie schliesslich unterlagen, härter und aufopferungsvoller gekämpft haben und mehr Gesinnung und Haltung zeigen mussten als diejenigen jemals zu beweisen brauchten, von denen heute die schwersten Vorwürfe erhoben werden.

Wenn man den Versuch ernst meint, Deutschland demokratisch zu machen, darf man die Deutschen, die dabei mithelfen sollen und wollen und auf deren Hilfe man ja auch angewiesen ist, nicht der Gefahr aussetzen, dass sie sich vor der eigenen Bevölkerung, sagen wir ruhig: lächerlich machen, und zwar durch den Zwiespalt, der etwa zwischen dem falschen Glanz des Ranges eines Ministers und seiner gehobenen Vorzimmerfunktion besteht. Dass eine Besatzungsmacht sich gewisse allerletzte Entscheidungen vorbehalten muss, zumal, wenn die Existenz des besetzten Landes zu einem wesentlichen Teil von der Unterstützung durch die Besatzungsmacht abhängt, ist jedem Einsichtigen klar. Aber die Auffassungen darüber, wo die Grenze der beiden Zuständigkeitsbereiche verläuft, gehen noch sehr weit auseinander und, wie gesagt, niemand kann erwarten, dass die deutsche Bevölkerung Hochachtung vor Landtagen und Regierungen gewinnt, deren bescheidene Rolle sie kennt. Hier liegt die erste Aufgabe der Besatzungsmacht, die nächste aber bei den nunmehr gewählten Abgeordneten, deren politischen Willen sich durchsetzen muss.

Wenn noch ein gewisses Verständnis dafür herrschen kann, dass die politische Arbeit der vergangenen ernannten Landtage und der von der Militärregierung bestimmten Regierungen nur eine Vorbereitung demokratischen Wirkens war, so ist es unmöglich, ein gleiches Verfahren bei den gewählten Parlamenten fortzusetzen und die aus ihnen zu bildenden Regierungen dadurch zu entwerten, dass sie nicht ausschliesslich von den Landtagen abhängig sind. Es muss der Irrglaube beseitigt werden, dass nur eine demokratische Kulisse aufgebaut werden sollte.

Von unserem französischen Korrespondenten A. Frisch, Paris

• Ueber 20 französische Journalisten arbeiten zur Zeit in Moskau, um die französische öffentliche Meinung laufend über die Beratungen und Ergebnisse der Konferenz der vier Aussenminister zu unterrichten. Die Zeitungen widmen ihr ziemlich viel Platz, man hat aber trotzdem das Gefühl, dass die Öffentlichkeit den internationalen Ereignissen recht wenig Beachtung schenkt. Es ist bezeichnend, dass die Leitartikel der grossen Zeitungen meistens innenpolitische Themen behandeln.

Diese mangelnde Anteilnahme erklärt sich teilweise dadurch, dass die Aussenpolitik der französischen Regierung in der deutschen Frage in ihren grossen Linien von allen Parteien gebilligt wird und die Haltung Aussenministers Bidault daher nicht Gegenstand von öffentlichen Diskussionen ist. Selbst die kommunistische "Humanité" ist recht zurückhaltend und empfiehlt der französischen Delegation lediglich, sich möglichst dem russischen Standpunkt anzupassen, d.h. ihre Zustimmung zu einem deutschen Einheitsstaat gegen die russische Unterstützung in der Frage der Reparationen und der Kohlenlieferungen einzutauschen.

Es ist allerdings kein Geheimnis, dass Frankreich heute zu Konzessionen bereit ist unter der Voraussetzung, dass gewisse Grundforderungen anerkannt werden. Jeber die Festlegung dieser Rückzuglinie sind sich die Parteien schon weniger einig. Wir stellten bereits fest, dass die Kommunisten auf die föderalistische Struktur Deutschlands verzichten wollen, während die französische Rechte in der politischen und verwaltungsmässigen Dezentralisierung Deutschlands die einzige Garantie für seine zukünftige Demokratisierung sieht. Auch die Sozialisten wünschen ein föderalistisches Deutschland, sind jedoch bereit, der Zentralregierung stärkere Machtbefugnisse zuzuerkennen als z.B. die Partei Aussenminister Bidaults. Was die Internationalisierung der Ruhr betrifft, so legen die Parteien diesen Begriff auf verschiedene Art aus. Während die Kommunisten unter allen Umständen auf einer Beteiligung der Sowjetunion an dieser internationalen Verwaltung bestehen, hätten die anderen Parteien gegebenenfalls keine grossen Einwände gegen eine westeuropäische Verwaltung oder sogar gegen eine wirksame internationale Kontrolle einer zu Gunsten des deutschen Volkes enteigneten Ruhrindustrie.

Die französischen Mindestforderungen, die von der überwiegenden Mehrheit der öffentlichen Meinung gebilligt werden, lassen sich wie folgt zusammenfassen: Zusicherung ausreichender Kohlenlieferungen, wahrscheinlich eine Millionen Tonnen pro Monat, sobald die deutsche Förderung ihren Vorkriegsstand wieder erreicht hat, wirtschaftliche Angliederung der Saar an Frankreich, Reparationen in irgendwelcher Form und eine strenge, internationale Ueberwachung der deutschen Industrie, um jeden Versuch einer Aufrüstung im Keime zu ersticken.

Es ist erfreulich festzustellen, dass im allgemeinen die Haltung Frankreichs in der deutschen Frage etwas positiver geworden ist, d.h. dass nunmehr die französischen Forderungen mitunter gegen die Notwendigkeiten des neuen Deutschlands und auch Gesamteuropas abgewogen werden. Es gibt z.B. Stimmen, die darauf hinweisen, dass mit einer Auswanderung von Arbeitskräften Deutschland nicht geholfen ist, da es ohnehin ein Land mit sehr grossen Ueberschuss an Frauen und arbeitsunfähigen Menschen ist. Man warnt auch davor, dem deutschen Volke eine allzu föderalistische Struktur aufzuerlegen. Das sei weder demokratisch noch politisch klug. Begrüssenswert ist auch der dieser Tage veröffentlichte Leitartikel der

politisch einflussreichen Zeitung "Le Monde", worin der Moskauer Konferenz empfohlen wird, nicht mehr theoretisch über die deutschen Reparationsleistungen zu beraten, sondern zunächst durch eine genaue Aufnahme des deutschen Industriepotentials festzustellen, welche Lieferungen Deutschland tatsächlich vornehmen könne, nach Deckung des Mindestbedarfs seiner eigenen Bevölkerung. - So beginnt man langsam, Deutschland nicht mehr nur als Objekt zu betrachten, sondern als Subjekt, d.h. als ein Volk, dessen Anspruch auf ein angemessenes Lebensniveau berücksichtigt worden muss. (b/A15/124/1/he)

Vertrauliche Vorbemerkung: Dieser Beitrag ist nur verwertbar, wenn das befürchtete Ereignis des Ablebens Christian X. eintreten sollte.
(Die Redaktion)

Ein Volkskönig

Von unserem dänischen Korrespondenten Karl Kern

Kopenhagen, Mitte April
König Christian X. bestieg 1912 den Thron Dänemarks. Die sozialen Spannungen im Lande waren gross, gross waren jedoch auch die Möglichkeiten ihrer Minderung. Sie bestanden in dem Vorhandensein einer gut organisierten, zielbewussten Arbeiterbewegung unter ausgezeichneter Führung und in dem Reichtum, den die Landwirtschaft (schon damals die best organisierte der Welt), der Handel und die wachsende Industrialisierung dem dänischen Volke brachten. Als Christian X. das Szepter nahm, hatte die älteste Zeitung der ehemaligen sozialistischen Internationale, "Social-Demokraten", schon durch vierzig Jahre im Dienste des sozialen Aufstiegs der dänischen Arbeiterschaft gearbeitet. "Social-Demokraten" ist nur ein Jahr jünger als der König es war: Christian X. wuchs neben einer immer mehr erstarkenden Arbeiterbewegung auf, und seine echte demokratische Gesinnung liess ihn deren Zielsetzungen allmählich verstehen. Als König hatte er bald Gelegenheit, mit ihr engen Kontakt aufzunehmen.

Während des ersten Weltkrieges, in dem Dänemark neutral bleiben durfte, gewann die Sozialdemokratie immer mehr Anhang im dänischen Volk. Staunings respektgebietende Gestalt war die Verkörperung echter sozialistischer Gesinnung und guten Dänentums. Als Staunings Partei zur stärksten Dänemarks geworden war, zögerte Christian nicht, ihn zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Das geschah zum ersten Male 1924. Christian und Stauning wurden bald Freunde: der König überschritt nie die Grenzen seiner verfassungsmässigen Befugnisse und äusserte zu Stauning unerschütterliches Vertrauen. Als nach einigen Jahren der ersten Arbeiterregierung die Bauern eine Protestdemonstration gegen Stauning unternahmen und vom König in einer Petition dessen Abberufung verlangten, antwortete der König: "Auf Grund der Verfassung muss ich darüber erst mit meinem Ministerpräsidenten sprechen". Eine derartige Demonstration wurde nicht wiederholt. Die im Jahre 1917 erneuerte Verfassung beschränkte die Rechte des Königs in hohem Masse. Ihm blieb die Ernennung der Regierung vorbehalten, ihm blieb die Repräsentation. Christian fügte sich mit Würde in die neuen demokratischeren Lebensformen des Landes.

Im zweiten Weltkrieg wurde der König zum Symbol der nationalen Sammlung des dänischen Volkes. Mit überlegener Klugheit, mit Takt, Humor und Festigkeit hielt er den Widerstandswillen seiner Nation aufrecht. Als die Nazisten nach der Besetzung Kopenhagen auf Amalienborg eine Hakenkreuzfahne ausgehängt hatten, liess der König den deutschen Stadtkommandanten kommen und befahl ihm, die Fahne zu entfernen. Der Kommandant lehnte hochmütig ab. "So wird denn ein dänischer Soldat die Fahne herunternehmen", sagte Christian. "Ich werde auf ihn schiessen lassen", war die barsche Antwort. "Nun wohl, mein Herr, der Soldat werde ich sein!", antwortete der König mit ruhiger Würde. Die Fahne wurde vom Gebäude des dänischen Reichstags entfernt. Die Geschichte ist wahr, es

hat sich während des Krieges ein Dutzend ähnlicher Geschichten ereignet: Sie alle trugen dazu bei, den König zu einer legendären Figur zu machen. Wenn er sich in den Strassen Kopenhagens hoch zu Ross zeigte, jubelten ihm die Volksmassen zu und streuten Blumen auf seinen Weg. Die Besatzungsmacht sah eine Weile misshellig zu und bedeutete dann dem König vorsichtig, dass solche Kundgebungen nicht erwünscht seien. Daraufhin ritt der König noch öfter aus. - Im Jahre 1942 erlitt der hochbetagte Mann einen schweren Reitunfall. Während der Genesung vertrat ihn zum ersten Male Kronprinz Fredrik bei der Erledigung der Regierungsgeschäfte. Mit rührender Liebe verfolgten die Dänen die langsame Wiedergenesung des Monarchen.

Als für Dänemark die Stunde der Freiheit schlug, hatte er wieder Kraft genug, sich im Reichstag zu zeigen. Als die Männer und Frauen der beiden dänischen Kammern zur ersten Sitzung zusammengetreten waren, um die Befreiung offiziell kundzutun und zu feiern, gab es einen der feierlichsten Augenblicke in der dänischen Geschichte, da Christian X. in den Saal kam: die einzigen Repräsentanten eines einigen Volkes standen auf und sangen ergriffen die Königshymne: "König Christian stand an hohen Mast..."

Er war ein grosser Mäne. Er war dem kleinen Lande ein grosser König, weil er ein guter, einfacher, tapferer Mensch war. (b/A10/164/1/he)

Freie Arbeiter statt Kriegsgefangene

Von unserem französischen Korrespondenten
A.F. Paris

Die französische Regierung hat beschlossen, dass vorläufig monatlich bis zu 25.000 deutsche Kriegsgefangene ihre Umwandlung in freie Arbeiter beantragen können. Ausgeschlossen hiervon sind nur die ehemaligen SS-Leute. Die freien Arbeiter, die nach einer mit den Vereinigten Staaten über die Gefangenen getroffenen Vereinbarung den übrigen ausländischen Arbeitern in Frankreich völlig gleichberechtigt sein sollen, dürfen erst nach Ablauf ihres Arbeitsvertrages wieder nach Deutschland zurückkehren. Sie werden also von der Heimsendungsaktion für die Kriegsgefangenen nicht berührt. Die Frage eines etwaigen Urlaubs wurde bis jetzt offen gelassen. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass ein derartiger Urlaub erst nach Entlassung des Grossteils der Kriegsgefangenen gewährt werden wird. Ueber die Dauer des Arbeitsvertrages wurden auch noch keine Angaben gemacht. Sie dürfte jedoch kaum unter drei Jahren liegen. In dem französisch-amerikanischen Abkommen wurde erneut darauf hingewiesen, dass sich die Kriegsgefangenen völlig frei entscheiden können.

Die von den französischen Behörden in Aussicht genommene hohe Zahl von 25.000 monatlich ist überraschend, da nach bisherigen Meldungen nur sehr wenige Kriegsgefangene bereit sein sollen, als freie Arbeiter in Frankreich zu bleiben. Es ist möglich, dass man auf eine - im französischen Sinne günstige - psychologische Beeinflussung durch die neuerliche Herauszögerung des Entlassungstermins rechnet. Vielleicht werden auch die französischen Behörden bereit sein, in der Frage des Urlaubs und der Vertragsdauer entgegenkommen zu zeigen.

Das Schicksal der anerkannt antifaschistischen Gefangenen ist immer noch nicht endgültig entschieden. Grundsätzlich ist ihre sofortige Entlassung vorgesehen. Aber die zur Ausführung dieses Beschlusses erforderliche ministerielle Verfügung ist noch nicht veröffentlicht worden. Die Verzögerung dürfte politische Ursachen haben, da bis jetzt nur die Sozialisten über zuverlässige Angaben hinsichtlich der ihnen politisch nahestehenden antifaschistischen Kriegsgefangenen verfügen.

(b/A15/124/1/he)

Ein neuer Abschnitt

Zur Berufung von Lord Pakenham

F.S. Die unmittelbare und verantwortliche britische Politik in Deutschland und Oesterreich wird nach einem Beschluss des Londoner Kabinetts nicht mehr wie bisher vom Kriegsministerium, sondern künftig vom Auswärtigen Amt, vom Foreign Office, geführt werden. Das ist die entscheidende Aenderung, die jetzt eingetreten ist und die wir deutschen und viele englische Demokraten als längst notwendig betrachtet haben und darum begrüssen. Wenn man so will, mag man darin das sichtbare Zeichen der Tatsache erblicken, dass die deutsche Frage in der offiziellen britischen Politik aus dem Stadium des Kriegsgeschehens und seiner Nachwirkungen in das der friedlichen Neuordnung, aus der Negation in die Bejahung überzugehen im Begriff ist. Jedenfalls wünschen und hoffen wir dieses Ergebnis der Londoner Massnahmen sobald wie möglich feststellen zu können.

Nach aussen ist dieses bemerkenswerte Ereignis von einer Ueber-^{7der}setzung des Postens des verantwortlichen Leiters der Deutschland-Angelegenheiten begleitet. Minister Hynd trat von dieser Arbeit zurück, Lord Pakenham wurde sein Nachfolger. Dem scheidenden Minister muss über die britischen Massnahmen in Deutschland ausreichend informierte Betrachter dankbar bezeugen, dass er ein guter Freund unseres Landes und ein überzeugter Anhänger der Politik war, die den Krieg und seine Folgen überwinden und einen echten Frieden des gegenseitigen Verstehens und der Zusammenarbeit aller europäischen Nationen gewinnen will. Hynd gehört der britischen Arbeiterbewegung an und hat diese politische und gesinnungsmässige Herkunft nicht verleugnet. Er antwortete, obwohl Minister für die deutschen Angelegenheiten, in London, nicht in Deutschland. Diese Tatsache hat es wohl hauptsächlich - aber gewiss nicht allein - verursacht, dass er über die Vorgänge und die Entwicklung in Deutschland nicht immer ausreichend unterrichtet war. So betont die persönliche Integrität John Hynds und sein guter Wille, die aus nationalen deutschen Erwägungen unumgängliche Bodenreform und Sozialisierung einzuleiten, bestätigt werden müssen, so eindeutig ist auch zu sagen, dass wir Sozialdemokraten nicht immer das Gefühl hatten, als kennen wir die Lage in Deutschland wirklich in ihrer vollen Tragweite und als sei er mit allen Vorkommnissen in diesem Lande so vertraut, wie sein hohes Amt und seine ausgreifende Verantwortung es verlangten. Gelegentliche Besuche reichten für ein genaues Studium und eine gründliche Kenntnis der sachlichen und persönlichen Tatsachen und Einflüsse umso weniger aus, als die Gefahr einer nur losen Verbindung dieses letztlich verantwortlichen Mannes zu seinem Werk auch dadurch vergrössert wurde, dass sein Wille nicht alle Verzweigungen des ausgedehnten und vielgegliederten Verwaltungsapparates der Besatzungsmacht zu durchdringen vermochte. Hynd gelangte zuweilen und auch in einigen grundsätzlichen Fragen zu anderen Auffassungen, als wir sie über die dringlichsten Aufgaben der praktischen demokratischen Arbeit in Deutschland hegen. Das hat dazu geführt, dass die Politik, die er vertrat und betrieb, von der der Sozialdemokratie unterschieden war. Das ändert nichts an der persönlichen Wertschätzung des verdienstvollen Mannes und an der Achtung vor seiner politischen Konzeption.

Der neue Vertrauensmann der britischen Regierung für die Deutschland-Politik, Lord Pakenham, kommt aus der Labour Party wie sein Vorgänger. Er wurde erst vor wenigen Jahren geadelt und übernimmt in frühem Alter ein höchst verantwortungsvolles Amt, dessen Aufgaben nicht aus-

schliesslich aktueller Natur sind. Die hoffentlich nur zeitgebundenen Fragen der Ernährung, der Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen für das deutsche Volk, der Entwicklung der deutschen Wirtschaft, der Grundsteinlegung für eine vernünftige Organisation und Struktur der Wirtschaft in diesem Lande, eben der Sozialisierung und der Bodenreform, sind freilich die dringendsten Arbeiten, die des neuen Mannes Kraft in vollen Umfang in Anspruch nehmen werden. Es heisst, er sei durch besondere Liebenswürdigkeit und ein gewinnendes Wesen ausgezeichnet. Dieses Volk braucht einen Beweis des Vertrauens, den es als Ermutigung in seinem Streben empfinden kann, in Gesinnung, Haltung und Ton echtes demokratisches Wesen zu bezeugen. Es möchte und muss bestätigt erhalten, dass es seine eigenen Angelegenheiten wieder selbst und auch tatsächlich und nicht nur "nominal" unter eigener Verantwortung regeln kann - eine ungesetzliche Voraussetzung des Erfolges der Politik der Erziehung zur Demokratie. Lord Pakenham hat den Vorrang, die Gefahren und Fehler zu kennen, die sich in der Arbeit seiner Vorgänger offenbarten und die in der britischen Öffentlichkeit ausführlich besprochen worden sind. Er weiss daher auch, wie nötig es sein muss, der Entwicklung in Deutschland unmittelbar nahe zu sein, den Dingen mit den unwägbarsten Kräften, um sie zu verstehen. Es gehört wohl die Hand eines kraftvollen, seiner selbst und seines Könnens sicheren Mannes dazu, als welcher Lord Pakenham geschildert wird, um die schwere Aufgabe, die er mutig übernommen hat, zu meistern. In Deutschland begegnet er einer fast unvorstellbaren Not und um sich greifender Verzweiflung, aber auch viel gutem Willen, Vertrauen und Hoffnung. (m/2/184/1/he)

Rundfunkkrise

Zum Skandal beim NWDR

Wem ist der Rundfunk verantwortlich? Welcher Stelle steht es zu, einen Intendanten zu berufen? Und welche Stelle bürgt für die politische, moralische und geistige Qualifikation eines Rundfunkleiters? Und dieser wiederum, wem ist er verantwortlich? Die Reihe der ungeklärten Fragen lässt sich beliebig fortsetzen. Gesichert ist nur die Funktion des Rundfunks selbst", schrieb am 22. Februar 1947 die "Rhein-Ruhr-Zeitung", das massgebende westdeutsche Zentrumsblatt. Die der ODU zugehörige "Rheinische Post" protestierte am gleichen Tage energisch gegen die Langeweile, die der NWDR unter dem Vorwand einer heiteren Sendung am Vorabend vom Karneval verbreitete. Das Blatt schrieb wörtlich: "Die Unzufriedenheit mit Hamburg ist riesengross.... Heinz Ehrhard allein tut es auch nicht. Umschalten oder abschalten, nur das ist die Frage." Ein Sprecher der Gewerkschaften erklärte zur einer Presstagung des NWDR in Bochum, die überhaupt im Zeichen einer ausserordentlich scharfen Kritik stand, den arbeitenden Menschen bereite das für West- und Norddeutschland gemeinsame Programm erhebliches Unbehagen, es sei ihnen zu literarisch-manipuliert. Diese Stimme begegnete sich mit vielen anderen, die vornehmlich den Vorwurf einer vielleicht recht respektvollen, aber auch meist ziemlich abwegigen Experimentierlust gegen die Hamburger Führung erhoben. In Westdeutschland wird immer stärker der Koblenzer Sender bevorzugt, der sich mit Fleiss auf die Neigung der Hörerkreise einstellt. Auch in Niedersachsen wächst die Unzufriedenheit mit der vollkommenen Vernachlässigung wichtigster Fragen, die das Land betreffen und die Bevölkerung wirklich interessieren. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, dass in Hamburg ein Kreis von nicht ungeschickten Wort- und Gedankenjongleuren mit Freude an einer gewandten Diktion und mit einer Überschätzung des geistig-artistischen Elements den Ton angibt. Es ist aber unerlässlich, dass ein so wichtiges Instrument der Meinungsbildung mit grösstem Ernst und immer wachem Verantwortungsbewusstsein gehandhabt wird. Natürlich ist es eine Kunst, die niemand kann, es jedem recht zu machen. Aber es niemandem recht zu machen, ist erst recht keine Kunst.

So wird man sich recht bald mit der Frage einer Neuordnung im Rundfunk befassen müssen. Das Gefühl von der Notwendigkeit, in dieser Hinsicht etwas zu unternehmen, besteht heute übrigens nicht nur in der britischen Zone, wenn hier die Kritik auch besonders begründet erscheint. In Stuttgart fand vor einiger Zeit eine Versammlung statt, in der sich "Radio Stuttgarts Forum" mit der Frage des Verhältnisses der Hörer zum Rundfunk befasste. Vier Referenten sprachen vor einigen hundert Besuchern und einig war man sich nur darin, dass der Rundfunk nie wieder Propagandainstrument des Staates missbraucht werden dürfe. Aber auch die Uebernahme in Privat-hand wurde abgelehnt, weil darin die Gefahr persönlicher Willkür zu gross sei. In Bayern hat die Regierung Ehard-Högner vor einiger Zeit ein Rundfunkgesetz zur Uebernahme des Rundfunks in deutsche Verwaltung ausgearbeitet. Die Entwicklung drängt mit Macht auf einen Wandel. Die Vorgänge der letzten Tage haben mit grösster Deutlichkeit gezeigt, dass die bisherige Praxis einer Ausnutzung der Monopolstellung des Rundfunks nach persönlichem Gutdünken keinesfalls beibehalten werden darf. Wenn irgendwo, dann ist hier eine strenge Auswahl der leitenden Persönlichkeiten nach den Gesichtspunkten fachlicher Eignung und politischer Zuverlässigkeit dringendes Erfordernis. (m/1/184/1/hs)

Der Bischof von Chichester und der 20. Juli 1944

Einer der englischen Geistlichen, die die Riesengefahr des Nationalsozialismus für die europäische Kultur frühzeitig erkannten und ihn seit der "Machtübernahme" 1933 mannhaft bekämpften, ist der Bischof von Chichester, der in Oxford studierte und als Kurat in Leeds begann. Er hatte 1937 wegen seiner scharf antinationalsozialistischen Einstellung auf der englischen Kirchensynode einen heftigen Zusammenstoss mit einem anderen englischen Bischof und wurde im selben Jahr in Streichers Schmutzblatt "Der Stürmer" in der diesem traurigsten deutschen Zeitungsprodukt eigenen Art übel angegriffen und durch den Schmutz gezogen. 1938 holte der Bischof von Chichester 70 deutsche Pastoren und ihre Familien nach England und viele hilflose Flüchtlinge genossen vorher und später in seinem Haus hilfreiche Gastfreundschaft. Wahrscheinlich dürfte der Bischof von Chichester der einzige Engländer sein, der schon 1942 in die Pläne zur Beseitigung Hitlers eingeweiht war, die schliesslich zum 20. Juli 1944 führten. Auf einer Rdse nach Schweden nahmen 1942 zwei Mitglieder der Deutschen Bekenntniskirche mit grosser Vorsicht die Verbindung mit ihm auf und vertrauten ihm die Namen ihrer an, die in der Widerstandsbewegung gegen Hitler aktiv waren und am 20. Juli 1944 eine Rolle spielten. (b/Blo/164/1/hs)

Die geistige Orientierung der Christlich-Sozialen in Frankreich

(Von unseren französischen Korrespondenten)

A.F.-Paris Die Republikanische Volkspartei (MRP), eine der drei grossen französischen Parteien, die den christlich-sozialen Bewegungen in den anderen Ländern entspricht, hielt kürzlich ihren Parteitag ab, auf dem vor allem die ideologische Orientierung festgelegt wurde. Die Partei lehnt entschieden den Marxismus und den Kommunismus ab. Die Redner wiesen aber auch darauf hin, dass der liberale Kapitalismus ebenso verwerflich sei wie der totalitäre Kollektivismus, die Diktatur des Geldes ebenso wie diejenige des Staates. Der Berichterstatter für diese Frage vor dem Parteikongress hat sich sehr klar ausgedrückt: "Das gleichzeitige Hochkommen der politischen Demokratie und des liberalen Kapitalismus hat zu einem offenen Widerspruch geführt. Freier Bürger auf der politischen Ebene, blieb der Arbeiter in seinem Beruf nur ein Subjekt und einer Macht unterworfen, an der er nicht den geringsten Anteil hat". Der Berichterstatter sprach sich daraufhin für einen "höheren Mittelweg" aus, gegründet auf eine "rein geistige Auffassung vom Menschen und der Gesellschaft." (b/A15/124/1/hs)

Verantwortlich: Fritz Sängler, Hannover